

Stadtvertreter genehmigten überplanmäßige Ausgabe für neue Gutachten

Was kostet eine Lärmschutzwand?

Glinde (ciw) – Einstimmig haben die Kommunalpolitiker von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 33.500 Euro genehmigt für neue Gutachten in Sachen Lärmschutz an der K 80. Die Gutachten sind nötig, um die Größe und die Kosten für eine neue Lärmschutzwand schätzen zu können. „Für diese freiwillige Leistung der Stadt könnten 90 Prozent der Kosten auf die Besitzer der 31 betroffenen Grundstücke umgelegt werden“, sagte Bürgermeister Rainhard Zug. Zehn Prozent würden dann alle Bürger der Stadt übenehmen. Die Stadt sei wirtschaftlich nicht in der Lage, weniger als den Höchstsatz von 90 Prozent als Beteiligung der Anwohner zu fordern, meinte er.

Eine allgemeingültige Satzung der Stadtvertretung zum Thema Lärmschutz betreffe auch zwei Wohnblocks zwischen

dem Schlehenweg und dem Holstenkamp entlang des Reinbeker Wegs gegenüber der neuen Team Tankstelle, sagte er. Auch dort werde von den Anwohnern eine Lärmschutzwand gefordert.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt der halbständigen Sitzung war die Verlängerung von Finanzierungsbeiträgen für die beiden Kitas der Arbeiterwohlfahrt an der Sönke-Nissen-Allee und der Zwergenwache der Johanniter Unfallhilfe bis 2018. Im Anschluss an diese Befristung werde die Stadt nach Handlungsalternativen suchen, möglicherweise die Kita-Plätze reduzieren, sagte Zug. Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde einstimmig beschlossen.

Die Ing.-Honnef-Straße und die Straße Am alten Loksuppen im neuen Gewerbegebiet bei Gies Kerzen wurden für den öffentlichen Verkehr freigegeben. Auch das beschlossen die Stadt-

vertreter. Aufgrund einer neuen Rechtsprechung stand der Schutz des Wappens und der Flagge zur Beratung an. Danach ist der Schutz durch eine Satzung nicht mehr erforderlich. Mögliche Nutzungen zu regeln, ist jetzt Aufgabe des Bürgermeisters. Zum Beispiel dürfen Vereine, die das Gliner Wappen nutzen, dieses nicht verändern. Auch eine kommerzielle Nutzung ist untersagt. Bei den außerplanmäßigen Ausgaben gab es eine Diskussion um einen Betrag von rund 9.500 Euro für das Verschwiebungsjubiläum im vergangenen Sommer, der durch Mittel aus der Schulsozialarbeit gedeckt wurde. 50.000 Euro seien im Dezember vom Land der Stadt zugewiesen und dem Etat der Schulsozialarbeit zugeschoben worden, erklärte Zug. Diese Mittel habe man verwendet. Der Schulsozialarbeit würde somit kein Geld weggenommen.